

### Rußland und Afghanistan

Lunev, Sergej

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lunev, S. (1996). *Rußland und Afghanistan*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 74/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46706>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## **Rußland und Afghanistan**

### **Zusammenfassung**

Nach dem Rückzug sowjetischer Truppen 1989 und der Machtübernahme der Mudschaheddin in Kabul 1992 geriet Afghanistan aus dem Blickfeld Rußlands. Durch die Entwicklungen in Tadschikistan und das militärisch-politische Engagement Rußlands in dem Bürgerkriegsland kam es in den darauf folgenden Jahren zu sehr gespannten Beziehungen zwischen Moskau und Kabul. Der Vormarsch der Taliban hat die russische Aufmerksamkeit wieder stärker auf Afghanistan gelenkt und eine „strategische Verständigung“ zwischen Moskau und der Regierung Rabbanis hervorgerufen. Auf die Eroberung Kabuls durch die Taliban reagierten die Medien in Rußland mit dramatischen Prognosen über eine Expansion des islamischen Fundamentalismus aus dem Süden. In die Kritik an externen Akteuren, welche die Talibanbewegung zu ihren Zwecken benutzen, wurden die USA einbezogen, so daß die Afghanistanpolitik zu einem weiteren Thema antiwestlicher Stimmungen in Teilen der russischen Öffentlichkeit wurde.

### **Die Wiederentdeckung Afghanistans durch Rußland**

Nachdem der letzte sowjetische Soldat Afghanistan im Februar 1989 verlassen hatte, wollte die Sowjetunion nicht mehr an dieses Land erinnert werden. Zum einen verlor der Süden insgesamt für die sowjetische Außenpolitik nach 1988 an Bedeutung, zum anderen handelte es sich bei Afghanistan um ein besonders unterentwickeltes und in kriegerrische Wirren verwickeltes Land, das Rußland an eine peinliche Niederlage erinnerte. Dennoch gewährte man Kabul zunächst weiterhin Unterstützung. Die finanzielle und materielle Hilfe belief sich auf monatlich 300 Mio. US-\$.<sup>1</sup>

Nach der Auflösung der UdSSR verschwand Afghanistan völlig aus dem Gesichtsfeld Rußlands. Moskau bemühte sich zwar um die Freilassung ehemaliger sowjetischer Soldaten aus afghanischer Gefangenschaft, darin erschöpfte sich aber das russische Interesse an Afghanistan. Ab Januar 1992 stellte Moskau jede Hilfe für Kabul ein, was zum raschen Sieg der afghanischen Widerstandsbewegung führte, die nach wie vor von den USA, Pakistan und Saudi-Arabien unterstützt wurde. Außenminister Andrej Kossyrew besuchte Kabul im Mai 1992 und unterzeichnete eine Erklärung, in der Rußland "den friedlichen Übergang der Macht auf die islamische Regierung in Afghanistan begrüßt". Kurz danach wurde die russische Botschaft in Afghanistan evakuiert. Heute ist sie völlig zerstört.

---

<sup>1</sup> New York Times, 1.5.1990.

Innen- und außenpolitische sowie ökonomische Fehlentscheidungen und ihre psychologischen Auswirkungen führten zu einem Wandel im Bewußtsein der Bevölkerung Rußlands. Die Vorstellungen der sogenannten "Eurasier" fanden weite Verbreitung. Die Selbstwahrnehmung Rußlands als Brücke zwischen Europa und Asien, zwischen der christlichen und der islamischen Welt, führte zu der Erkenntnis, daß Rußland mit einer einseitigen Westorientierung seinen Status als Großmacht verlieren würde. War Anfang der 90er Jahre für die russische Elite die Idee der "Großmacht Rußland" mit einem Platz in der westlichen Welt verbunden, wurde sie seit 1993 primär mit dem Einfluß in Zusammenhang gebracht, den das Land auf globale Prozesse und Entwicklungen ausüben vermochte. Dabei wurde die südliche Flanke Rußlands mit ihren muslimischen Völkern zum idealen Ort, um Macht zu demonstrieren, hatte Rußland im Osten seinen Nachbarn China und Japan doch wenig entgegenzusetzen. Außerdem setzte sich eine GUS-Konzeption in Rußland durch, die auf eine Integration der ehemaligen Sowjetrepubliken unter russischer Führung setzte.

### **Der Faktor Tadschikistan**

Im Zuge dieser Entwicklung geriet Zentralasien und auch Afghanistan wieder stärker ins geostrategische Blickfeld Moskaus. Rußland schloß im Mai 1993 einen Vertrag über Freundschaft, Kooperation und gegenseitige Hilfe mit dem vom Bürgerkrieg heimgesuchten Tadschikistan. Der Kernpunkt des Vertrags sieht gegenseitige militärische Unterstützung für den Fall eines Angriffs auf einen der Vertragspartner vor. Rußland wurde in den inneren Konflikt in Tadschikistan hineingezogen. Im Sommer des gleichen Jahres wurden russische Grenzposten zum ersten Mal von afghanischem Territorium aus von bewaffneten tadschikischen Oppositionsgruppen angegriffen. Lager tadschikischer Flüchtlinge und Oppositionsstützpunkte lagen im Norden Afghanistans.

Rußland trat mit dem Iran und Pakistan in Verhandlungen, um jede Unterstützung für militärische Einheiten der tadschikischen Opposition von außen zu unterbinden. Seit 1993 führten jährliche "Frühlings-Sommer"-Offensiven der sogenannten "kompromißlosen" Opposition an der tadschikisch-afghanischen Grenze zu schweren Verlusten unter den russischen Grenzposten, deren Zahl zwischen 1992-1995 immer weiter zugenommen hat.<sup>2</sup> Bis zum Oktober 1996 waren russische Grenzposten in 235 militärische Zusammenstöße an der tadschikisch-afghanischen Grenze verwickelt.<sup>3</sup>

Die russisch-afghanischen Beziehungen wurden also vor allem durch den Konflikt in Tadschikistan bestimmt. Die Beziehungen zwischen Moskau und Kabul waren sehr kühl. Enger waren allerdings die Verbindungen zwischen Moskau und einigen Feldkommandanten in Afghanistan, vor allem mit General Abduraschid Dostum, der sechs nordwestliche Provinzen mit usbekischer Teilbevölkerung unter Kontrolle hat. Die Mehrheit seiner regulären Armeeoffiziere wurde auf sowjetischen Militärschulen und -akademien ausgebildet. Der Usbeke Dostum hatte in den 80er Jahren als Divisionskommandant auf sowjetischer Seite gekämpft. Rußland unterhielt sogar ein Konsulat in Mazar-i Sharif, der Hauptstadt der nordwestlichen Provinzen Afghanistans.

### **Rußlands Afghanistanpolitik angesichts der Talibanoffensive**

Nach der Ablösung Kosyrews durch Primakow im Amt des Außenministers im Januar 1996 erhielt die russische Außenpolitik eine pragmatischere Ausrichtung. Man strebte engere Beziehungen zu Usbekistan an, das offensichtlich die Führung unter den ehemals sowjetischen Republiken Zentralasiens übernommen hatte und besonders gute Verbindungen zu General Dostum unterhielt. Die Beziehungen zwischen Rußland und der afghanischen Zentralregierung änderten sich in dem Maße, wie die radikalislamische Bewegung der Taliban immer größere militärische Erfolge errang. Nach Informationen von General Mirza Aslam Beg, des ehemaligen Generalstabschefs der pakistanischen Armee, hatten Pakistan und die USA zu Beginn der 80er Jahre beschlossen, eine "religiös-

<sup>2</sup> 1992: 5000, 1993: 10.000, 1994: 16.000, 1995: 18.000 Soldaten: Siehe Segodnja, 14.4.1995.

<sup>3</sup> Nezavisimaja gazeta, 19.10.1996, S. 3.

ideologische Zone" entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze zu schaffen und den Kampfgeist der Mudschaheddin aufrecht zu erhalten. Eine entscheidende Rolle spielten dabei die zahlreichen Madrassahs (islamische Religionsschulen) in Pakistan, die den afghanischen Mudschaheddin ihre Tore öffneten. Die große Mehrheit der Taliban (= Schüler) sind ehemalige Mudschaheddin, ihre Führer vor allem Kleriker und ehemalige Feldkommandanten des Dschihad gegen das sowjetabhängige Regime in Kabul. Fast alle sind paschtunischer Abstammung. Im Herbst 1994 errangen die Taliban ihre ersten Erfolge bei der Ausdehnung ihrer Gebiete. Im Oktober 1995 faßten sie in Quetta (Pakistan) den Entschluß, den Kampf gegen die Regierung von Präsident Burhanuddin Rabbani zu intensivieren.<sup>4</sup> Im September 1996 hatten die Taliban 16 der 32 Provinzen Afghanistans unter ihre Kontrolle gebracht.

Fast alle russischen Experten halten die Taliban für islamische Fanatiker und Fundamentalisten. Sogar ihre Förderer sind nicht in der Lage, sie in Schach zu halten. Die militärischen Erfolge der Taliban führten zu einer "strategischen Verständigung" zwischen Moskau und Kabul. Rußland begann sogar, sich als Vermittler für eine Koalition zwischen den verschiedenen afghanischen Oppositionsgruppen gegen die Taliban zu betätigen. Im Mai 1995 begannen Verhandlungen zwischen dem afghanischen Luftfahrtminister Rachman und Dostum in Moskau. Russische Firmen belieferten die afghanische Regierung mit Munition. Die afghanischen Zentralbehörden entschuldigten sich für die Bombardierung russischer Grenzposten durch Einheiten der tadschikischen Opposition, die von afghanischem Territorium aus operiert hatten. Verteidigungsminister Ahmed Shah Massud, dessen Truppen die afghanisch-tadschikische Grenze kontrollierten, gab zu, daß die afghanische Regierung nicht in der Lage sei, die tadschikischen Kämpfer in Schach zu halten. Am 26. September 1996 trat eine Delegation unter E. Michailow, dem Vertreter des tadschikischen Präsidenten, mit dem afghanischen Ministerpräsidenten Gulbuddin Hekmatjar in Verhandlungen über die Sicherheit der afghanisch-tadschikischen Grenze ein. Im Frühling 1996 war die Situation dort äußerst angespannt. Rußland konzentrierte sich besonders auf die militärischen Stützpunkte der tadschikischen Opposition auf afghanischem Territorium. Kabul meinte dagegen, die Lösung für das Problem müsse in Tadschikistan selber gesucht werden, versprach aber auch, Druck auf die tadschikischen Kämpfer auszuüben, damit diese sich zu Verhandlungen bereit fänden.<sup>5</sup>

Am 10. September 1996 schlug Präsident Rabbani seinem russischen Amtskollegen in einer persönlichen Nachricht die Wiedereröffnung der russischen Botschaft in Kabul vor.<sup>6</sup> Am 27. September eroberten aber die Taliban die Hauptstadt. Sie kontrollierten nun zwei Drittel des Landes und führten ihre Offensive weiter. Dadurch sah man sich in Moskau gezwungen, der Lage in Afghanistan erneute Aufmerksamkeit zu widmen. Das Außenministerium äußerte offiziell "wachsende Besorgnis" und bezeichnete die Entwicklung in Afghanistan als "eine Gefahr für den Frieden in der Welt und die Stabilität in der Region".<sup>7</sup> Während eines Staatsbesuchs in Marokko erklärte Außenminister Primakow, Rußland denke nicht im entferntesten daran, die neuen Machthaber in Kabul anzuerkennen.<sup>8</sup> Am 1. Oktober verkündete Aleksandr Lebed, zu dem Zeitpunkt Sekretär des russischen nationalen Sicherheitsrats, Rußland müsse den Gegnern der Taliban - er nannte namentlich Massud, Dostum und Hekmatjar - die "notwendige materielle und finanzielle Unterstützung" gewähren. Er beschwor das Schreckensbild eines Vormarschs der Taliban über die Grenzen der GUS hinweg bis Buchara und weiter nach Norden.<sup>9</sup>

Am gleichen Tag machte Boris Jelzin den Vorschlag, die Führer der GUS zusammenzurufen, um die Vorkommnisse in Afghanistan zu diskutieren. Er beauftragte Viktor Tschernomyrdin damit, das

<sup>4</sup> Nach der Eroberung Herats durch die Taliban wurde im September 1995 die pakistanische Botschaft in Kabul niedergebrannt, aus Protest gegen die pakistanische Unterstützung für die Taliban.

<sup>5</sup> ITAR-TASS, Puls Planety, 27.9.1996, S. "SV"-6-7.

<sup>6</sup> Ebda., 11.9.1996, S. "SV"-3.

<sup>7</sup> Segodnja, 28.9.1996, S. 1.

<sup>8</sup> Ebda., 1.10.1996, S. 1.

<sup>9</sup> Ebda., 2.10.1996, S. 1.

Treffen vorzubereiten. Dabei handelte der Präsident gemäß dem Vertrag von Taschkent über die kollektive Sicherheit der GUS vom 15. Mai 1992. Die Führung der Taliban versuchte, Rußland zu beruhigen. Die russische Presse war voll von apokalyptischen Vorhersagen über die Gefahren des islamischen Fundamentalismus und den zu erwartenden Exodus von Millionen Afghanen nach Rußland. Am 3. Oktober gab die Duma eine offizielle Erklärung ab, in der sie den Vorschlag machte, die UNO solle "Zwangsmaßnahmen ergreifen, um den militärischen Aktionen in Afghanistan ein Ende zu bereiten". Die ursprüngliche Fassung dieser Erklärung war viel schärfer und wurde auf Veranlassung der Afghanistan-Veteranen im Parlament abgemildert.<sup>10</sup> Bei der Gipfelkonferenz in Alma-Ata am 4. Oktober traf Viktor Tschernomyrdin mit den Führern Kasachstans, Usbekistans, Kirgistans und Tadschikistans zusammen. Das gemeinsame Kommuniqué war recht mild: Alle Seiten gaben ihrer "tiefen Besorgnis über die Eskalation der militärischen Handlungen in Afghanistan" Ausdruck und schlugen vor, daß alle Konfliktparteien sofort in friedliche Verhandlungen treten sollten.<sup>11</sup>

Dennoch reagierte die Taliban-Führung nervös auf diese Erklärung. Ihr Außenminister, Mullah Mohammed Ghous, nannte sie eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans und drohte, "das gesamte afghanische Volk wird gegen die GUS-Länder aufstehen, falls diese sich in den Konflikt einmischen".<sup>12</sup> Moskau reagierte erleichtert, als Dostum, Massud und der Führer der Schiiten, Karim Chaliti, ein Bündnis gegen die Taliban schlossen. Letztere erlitten Mitte Oktober militärische Niederlagen. Kabul wurde von den Truppen Massuds umzingelt.

### **Gefahren einer „Afghanisierung“ Zentralasiens**

In der Tat hätte ein vollkommener Sieg der Taliban schwerwiegende Folgen für Rußland und die GUS. Doch auch von einem zweigeteilten oder fragmentierten Afghanistan gehen Gefahren für die GUS-Staaten aus. Riesige Mengen Rauschgift strömen schon heute aus Afghanistan über die zentralasiatischen Republiken nach Rußland. Die Hauptlager für Drogen sind Kunduz und Faizabad. Diese Zone liegt noch außerhalb der Reichweite der Taliban.<sup>13</sup> Aber 75% des in Afghanistan angepflanzten Opiums wächst in den von den Taliban kontrollierten Gebieten. Nach Schätzungen der UNO wurden allein 1995 240 Tonnen reinen Heroins für einen Marktpreis von 75 Mrd. US-\$ aus dieser Region in die USA und nach Europa gebracht.<sup>14</sup> Die Daten der UNO beweisen, daß der Anbau von Opiumpflanzen in den Gegenden, die von den Taliban kontrolliert wurden, dramatisch anstieg.<sup>15</sup> Auch für Rußland wird das Drogenproblem immer akuter, und die russische Regierung muß auf die erhöhte Gefahr von Drogenimporten aus der Region reagieren.

Bei einem vollständigen Sieg der Taliban wäre die gesamte südliche GUS-Flanke gefährdet. Noch haben die Taliban die Grenze zwischen Afghanistan und Turkmenistan nicht angegriffen, obwohl sie seit langem einen beträchtlichen Teil davon unter Kontrolle haben. Aber das Verhalten der islamischen Fundamentalisten ist unberechenbar, da sie im allgemeinen einen tiefen Haß gegen die "schurawi", die Sowjets, hegen. Tadschikistan stellt dabei ein besonderes Ärgernis dar, denn die afghanischen Tadschiken sind die „ethnischen“ Gegner der paschtunischen Taliban, und die Anwesenheit der bewaffneten Opposition gegen das Regime in Duschanbe auf afghanischem Territorium stellt einen zusätzlichen Konfliktfaktor dar. Der Kommandant der russischen Grenztruppen in Tadschikistan, Pavel Tarasenko, erklärte, daß die Taliban im Falle eines Sieges in Afghanistan ihre Attacken gegen das Rachmonow-Regime drastisch verstärken würden.<sup>16</sup> Gleich nach der Einnahme von Kabul durch die Taliban forderten die russischen Grenztruppen in Tadschikistan

<sup>10</sup> Segodnja, 5.10.1996, S. 1.

<sup>11</sup> Izvestija, 5.10.1996, S. 3.

<sup>12</sup> ITAR-TASS, Puls Planety, 7.10.1996, S. "SV"-3.

<sup>13</sup> M. Šakirov, in: Novaya gazeta, N29, 12.-18.8.1996, S. 5.

<sup>14</sup> Puls Planety, 4.10.1996, S. "SV"-5.

<sup>15</sup> Rossijskaja gazeta, 12.10.1996, S. 3.

<sup>16</sup> Ebd., 10.10.1996, S. 7.

Verstärkung aus Kasachstan, Usbekistan und Kirgistan an. Bis jetzt hat jedes Land nur ein Bataillon an der tadschikisch-afghanischen Grenze disloziert.<sup>17</sup>

Der Bau von Öl- und Gaspipelines von Turkmenistan und Usbekistan über Afghanistan wird durch die politischen Unruhen im Lande verhindert, obwohl die Taliban versprochen haben, derartige Projekte zu sichern. Dem Bestreben, die Abhängigkeit der zentralasiatischen Region von russischen Transportsystemen zu reduzieren, steht Moskau natürlich skeptisch gegenüber. Die russische Position in der Frage der Transportsysteme ist aber sehr komplex und müßte in einer eigenen Studie untersucht werden. Rußland sieht die Hauptgefahr der Entwicklung an seiner Südflanke darin, daß der islamische Fundamentalismus sich weiter ausbreiten könnte. Dabei ist die von Afghanistan ausgehende Gefahr realer als die iranische. Der iranische Einfluß in der GUS stößt auf klare Grenzen, darunter konfessionelle Grenzen, da die ehemals sowjetischen Muslime überwiegend Sunniten sind.

### **Reaktionen auf die Taliban-Offensive in russischen Medien**

Die Reaktion der russischen Presse auf die afghanische Krise zeigt besonders deutlich, in welcher Gemütsverfassung sich Rußland befindet. Dabei sind die offiziellen Stimmen natürlich zurückhaltender als die Pressestimmen. Die Medien wiesen ständig darauf hin, daß nur drei Länder überhaupt in Betracht ziehen, das Taliban-Regime anzuerkennen, nämlich die USA, Pakistan und die Türkei. Eben diese Länder identifiziert die links- und rechtskonservative Presse als die Hauptgegner Rußlands - die USA auf globaler, die Türkei auf regionaler Ebene. Der Kritik an den USA schließt sich nun auch die demokratische Presse an. Man wirft Washington vor, die Taliban-Bewegung geschaffen, unterstützt und ermutigt zu haben. So veröffentlichte die "Nezavisimaya Gazeta" am 10. Oktober einen Artikel unter dem Titel "Der Machtwechsel in Kabul ist vorteilhaft für Washington". Darin wird behauptet, daß das "ungestrafte Vorgehen der Taliban" nur durch die Existenz einer Schutzmacht möglich war - und als solche werden die USA ausgemacht.<sup>18</sup>

Die öffentliche Meinung in Rußland sieht in der Position der USA, die über den Terror der Taliban hinwegsieht, ein klassisches Beispiel von Doppelmoral. Auch die offiziöse "Rossijskaja Gazeta" betont, daß Washington darum bemüht sei, die Interessen amerikanischer Firmen in Afghanistan zu schützen und die Transportlinien und politischen Verbindungen Rußlands und Zentralasiens in der Region auszuhöhlen,<sup>19</sup> und daß sie zu diesem Zweck mit den Taliban sympathisiere.<sup>20</sup> Nur die "Izvestija", die als besonders pro-westlich gilt, hält die USA aus der Kritik an den hinter den Taliban stehenden Kräften heraus. Aber auch dort findet man Hinweise auf "Verbindungen zwischen Washington und den Taliban".<sup>21</sup> In privaten Gesprächen stellen viele russische Diplomaten eine Verbindung zwischen der Offensive der Taliban und der drastischen Verschlechterung der amerikanisch-afghanischen Beziehungen im August 1996 her. Die Regierung Rabbanis beschuldigte damals die USA, gegen Afghanistan, den Iran und Libyen zu agieren.

Dagegen wird die Europäische Union praktisch nirgendwo erwähnt. Rußland ist darüber enttäuscht, daß die EU eine klare Stellungnahme zur afghanischen Krise und zum islamischen Fundamentalismus vermissen läßt. In der russischen Reaktion auf das Afghanistan-Problem kann man wohl eine weitere Zunahme anti-westlicher Gefühle sehen. Auf der anderen Seite könnte die Eskalation dieses Konflikts zu engeren russisch-iranischen Beziehungen führen. Rußland schätzte die scharfe Kritik der iranischen Führung an den Taliban.

<sup>17</sup> Izvestija, 5.10.1996, S. 3.

<sup>18</sup> Nezavisimaja gazeta, 10.10.1996, S. 1.

<sup>19</sup> Rossijskaja gazeta, 10.10.1996, S. 7.

<sup>20</sup> Ebda., 12.10.1996, S. 3.

<sup>21</sup> Izvestija, 10.10.1996, S. 3.

## Geopolitische Konsequenzen

Die Entwicklung in Afghanistan läßt einen Annäherungsprozeß im Dreieck China-Indien-Rußland erwarten. Die chinesische Führung ist über das Anwachsen des islamischen Fundamentalismus beunruhigt, und dies besonders mit Blick auf die eigene Provinz Xinjiang-Uigur mit ihrer turk-muslimischen Stammbevölkerung. Die friedliche „Souveränisierung“ des exsowjetischen Zentralasien hat auch im chinesischen Herrschaftsbereich der Region bereits vorhandene separatistische Stimmungen angeregt, und die könnten durch den religiösen Faktor noch verstärkt werden. Auch Indien ist wachsam. Angesichts der grundsätzlichen Widersprüche zum Nachbarn Pakistan und der Existenz einer großen muslimischen Minderheit im eigenen Land fühlt sich die indische Führung alarmiert.

Man darf wohl auch engere Beziehungen zwischen Moskau und den zentralasiatischen Eliten erwarten. Die Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit 1991 verlangte von den herrschenden Eliten, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen, um ihre eigene gesellschaftliche und politische Stellung zu konsolidieren und zu legitimieren und um die kommunistische Ideologie durch eine nationalistische zu ersetzen. Eine der wichtigsten Folgen dieser Suche nach einer neuen Ideologie war die wachsende Rolle des Islam. Doch die „islamische Wiedergeburt“ stärkte gerade auch jene Gruppen, die hartnäckige Gegner der herrschenden, vom sowjetischen Staatstypus geprägten Eliten sind. Die so herausgeforderte Führungsschicht setzte daraufhin eine neue, selektive Politik gegenüber dem Islam in Gang. Man wollte einen gemäßigten, staatskonformen Islam fördern und nonkonformistische islamische Kräfte neutralisieren. Der Sieg der Fundamentalisten würde eine erhebliche Gefahr für die gegenwärtigen zentralasiatischen Eliten bedeuten.

Sollte sich aber Afghanistan auflösen, könnte sich die Situation ebenfalls drastisch verschlechtern. Erstens wäre die Bildung eines usbekisch-tadschikischen Teilstaats- oder usbekischer und tadschikischer Teilstaaten - denkbar. Dieser hypothetische Staat könnte als Pufferzone zwischen Zentralasien und anderen instabilen Regionen dienen. Gleichzeitig wäre der Einfluß eines solchen Staats aufgrund seiner gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rückständigkeit, der Islamisierung und der Existenz zahlreicher schwerbewaffneter Gruppen auf seinem Territorium ebenfalls gefährlich. Zweitens würde der Zerfall Afghanistans dazu führen, daß der westliche Teil mit Herat vom Iran erobert würde. In einem solchen Fall kann man sich die scharfe internationale Reaktion wohl vorstellen. Aus diesem Grund fordern Rußland und die zentralasiatischen Staaten alle Konfliktparteien auf, sich zu friedlichen Verhandlungen zusammenzusetzen. Afghanistan wird für die russische Außenpolitik immer bedeutsamer und man kann davon ausgehen, daß Moskau der Krise in diesem Land immer größere Aufmerksamkeit schenken wird.

Sergej Lunev

Der Autor leitet die Gruppe Außenpolitik am Zentrum für Südasien-Studien des Orient-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Redaktion: Uwe Halbach

Übersetzung aus dem Englischen: Anna Eckner

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0945-4071